

Deutschland und die Schweiz im Vergleich

Soziale Sicherheit in Schieflage

Die Finanzierung der sozialen Sicherheit ist in Frage gestellt - sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz. Wo muss die Politik ansetzen? Das Buch „Wohlstand durch Gerechtigkeit“ vermittelt einen Überblick.

Erstaunlich, wie verschieden sich die sozialen Sicherungssysteme von Deutschland und der Schweiz seit den 1980er-Jahren entwickelt haben und in welcher Verfassung sie heute sind. Nachzulesen ist dies im Buch „Wohlstand durch Gerechtigkeit“, das einen Vergleich der beiden benachbarten Systeme herstellt. Die Autorinnen und Autoren zeigen auf, dass das deutsche Modell in der Beobachtungsperiode grösseren Veränderungen unterworfen war als das schweizerische, was teilweise mit der „paradigmatischen Wohlfahrtsregime-Entscheidung“ erklärt wird. Deutschland wurde zudem früher von wirtschaftlichen Entwicklungen erfasst, die nun auch der Schweiz zu schaffen machen.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Für den schweizerischen und den deutschen Wohlfahrtsstaat sind die „Fleischtöpfe Ägyptens“ Vergangenheit. Wirtschaftlicher Krebsgang, andauernde Steuer-senkungen (in der Schweiz) und demografische Verschiebungen bedrohen die beiden sozialen Sicherungssysteme und bringen sie in Schieflage. Die Autorinnen und Autoren weisen auf die sich ausbreitende Präkarisierung der

Arbeitsverhältnisse hin, von der auch die momentan gute Konjunktur nicht ablenken kann. Das Wanken der sozialen Sicherung, die in beiden Ländern massgeblich auf Lohnprozenten aufgebaut ist, stelle die eigentliche Herausforderung für die Zukunft gesellschaftlichen Zusammenlebens dar. Welche Perspektiven eröffnen sich also im Hinblick darauf, dass immer mehr Menschen erwerbslos oder schlecht entlohnt sind und eine zunehmende Zahl selbstständig Erwerbender in Armut gerät?

Michael Nollert schildert die Entwicklungsrichtung des schweizerischen Arbeitsmarktes und der staatlichen Arbeitsmarktpolitik. Er befürwortet ein von der Lohnarbeit entkoppeltes Grundeinkommen. Michael Opielka geht in seinem Beitrag zum neuen Diskurs um ein Grundeinkommen noch näher auf das Thema ein. Stefan Kutzner glaubt im Hinblick auf die Entwicklung der Sozialpolitik in der Europäischen Union, dass die soziale Sicherung nur dann garantiert ist, wenn man sie von der bisherigen Zentrierung auf die Erwerbsarbeit löst. Die EU hingegen verfolgt aktuell einen ganz anderen Kurs: Sie will die erwerbszentrierten Sicherungssysteme fördern.

Verlagerung der Kosten

Im Beitrag von Hans Schäppi ist zu lesen, dass die Erwerbsarbeit zwar nicht ausgehen wird, die grosse Unterbeschäftigung und das massive Überangebot an

Arbeitskräften aber problematisch seien. Laut der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik lebten im Herbst 2005 in der Schweiz 388 000 unterbeschäftigte Personen. Schäppi kritisiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit und weist darauf hin, dass Konzepte der Arbeitszeitverkürzung, die das Angebot an Arbeitsplätzen erhöhen würden, kaum mehr zur Diskussion stünden. Den politischen Mainstream der Entsolidarisierung unter den Arbeitnehmenden umschreibt Schäppi damit, dass den Arbeitslosen mangelnde Motivation unterstellt und der Druck auf sie erhöht wird. Diese Entwicklung hat bereits zu einer Verlagerung der Kosten auf die Invalidenversicherung und die Sozialhilfe geführt, wie das starke Ansteigen der Aufwendungen in diesen Bereichen zeigt.

Das in diesem Jahr erschienene Buch liefert einen sehr guten Überblick zum Thema und vermittelt am Ende jedes Beitrags ausführliche Angaben zu weiterführender Literatur. Es kommt zum Schluss, dass die sozialen Sicherungssysteme Deutschlands und der Schweiz vor ähnlich grossen gesellschaftspolitischen Herausforderungen stehen, nämlich der Schaffung eines fairen Ausgleichs bei weiter zunehmendem, aber zunehmend ungleich anfallendem Wohlstand.

Hans Willi